

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei:
Tagesblatt Riesa,
Ferien Nr. 20,
Postfach Nr. 32.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigter bestimmter Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580.
Straßen:
Riesa Nr. 32.

Nr. 125.

Mittwoch, 31. Mai 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Tagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reflamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und schwerer Satz 30%, Aufschlag. Beste Larve. Bemerkter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorab durch Kasse eingezahlt wird oder der Auftraggeber in Kontants gerät. Zahlungen und Bestellungen sind an den Verleger zu richten. Verantwortlich für die Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Große Dollfuß-Sensation in Wien.

Die Enthüllungen über das Doppelspiel.

Wien. Gelegenheitlich einer Pressekonferenz im Wiener Adolf-Ditler-Saal sagte der Landesinspektor der österreichischen NSDAP, Reichstagsabgeordneter Theodor Habicht, einnehmend die Gründe aneinander, die die Reichsregierung zur Ausreiseperrre gegen Österreich veranlassen. Er trat dabei den vielfachen in Österreich geduldeten Behauptungen entgegen, die Reichsregierung habe die von ihr angeordneten Gründe etwa nur vorgeschützt, während sie in Wahrheit einen politischen Druck auf Österreich ausüben wollte um; besonders wichtig erschien die Erklärung des Vertrauensmannes des Führers Adolf Hitler in Österreich. Er könne versichern, daß, wenn die österreichische Regierung eine Lösung finde, die Sperre sofort aufgehoben werden könne. Voraussetzungen sei, daß die Reichsregierung zu ihren Versprechungen verhalten hätte.

Auffassen erregten die Ausführungen des Abg. Habicht über Verhandlungen, die zwischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß und ihm über die Frage einer Neubildung der österreichischen Regierung geführt wurden. Diese Verhandlungen waren vertraulich. Da aber von der Regierung die Vertraulichkeit nicht eingehalten wurde, hat Abg. Habicht den Bundeskanzler in einem Schreiben verurteilt, daß er die nächste Gelegenheit nehmen werde, um seinerseits eine richtige Darstellung dieser Verhandlungen zu geben. Sie gingen davon aus, daß die von den Christlich-Sozialen geführte niederösterreichische Landesregierung wegen der Bewilligung des Haushalts in Schwierigkeiten war und sich an die nationalsozialistische Landtagsfraktion um Unterstützung wandte. Später, als sich Schwierigkeiten innerhalb der Bundesregierung ergaben, wurden von Mittelpersonen auch hier Fäden zu NSDAP zu knüpfen versucht. Bei diesen, von den Mittelpersonen als unverbindlich erklärten Verhandlungen wurde bereits vom Abg. Habicht als Bedingung für eine Mitwirkung in der Regierung gestellt, daß ein Kabinettsamt zu bilden wäre, für das bei der selbstverständlichen Ausschaltung der Sozialdemokraten auf Grund der Machtverhältnisse nur Christlich-Soziale und Nationalsozialisten in Betracht kommen könnten. Praktisch hätten also bei dieser Forderung der Nationalsozialisten die Landtags- und die Heimwehrtruppe aus der Regierung ausscheiden müssen und wären von Nationalsozialisten ersetzt worden. Wahlen wären dann sofort zu dem nächsten gesetzlich möglichen Termin auszurufen gewesen. Nach der Wahl hätte die Bildung des endgültigen Kabinetts auf Grund des Wahlergebnisses zu erfolgen gehabt. Es zeigte sich bei diesen Verhandlungen, daß weder Christlich-Soziale noch Landtags- und Heimwehrtruppe gegen eine solche Regierungsabstimmung etwas einzuwenden gehabt hätten, vorausgesetzt allerdings, daß sie selbst dafür vertreten wären. Da Abg. Habicht nicht die Absicht hatte, über seine Forderungen handeln zu lassen und ferner, daß diese Verhandlungen mit Persönlichkeiten, die ausdrücklich betonten, keine Verhandlungsbefugnis zu haben, nicht zum Ziele führen könnten, brach Habicht die Verhandlungen ab, erklärte aber, daß er jederzeit dem Bundeskanzler selbst zur Verfügung stehen werde, wenn dieser es wünsche.

Abgeordneter Habicht wurde dann vom Bundeskanzler zu einer Besprechung eingeladen, die unter vier Augen stattfand. Der Bundeskanzler erklärte hierbei, er sei überzeugt, daß mit den Nationalsozialisten als Machtfaktor zu rechnen sei, und daß sie nicht mehr zum Verschwinden gebracht werden könnten, weshalb — je eher desto besser — eine Verklammerung über die Form der Zusammenarbeit herbeizuführen wäre. In einer zweiten Besprechung einige Tage später hat der Bundeskanzler ebenfalls der vom Abgeordneten Habicht dargelegten Auffassung beigestimmt und lediglich einen Zeitansatz zur Vorbereitung der Verfassungsausschüsse und für Vorbereitungen innerhalb seiner Partei verlangt, obwohl ihm Abgeordneter Habicht auf das Ungünstige eines solchen Aufschubs aufmerksam machte. Der Bundeskanzler versicherte dann noch, daß die Besprechungen, die ihn sehr interessiert hätten, baldmöglichst fortgesetzt werden sollten. Kurz danach gelang es jedoch, seinen Gruppen in der Regierung, die nach den Bedingungen der Nationalsozialisten weiterhin auszuschalten sein sollten, eine Fortsetzung solcher Verhandlungen zu hintertreiben, und unmittelbar darauf setzte die Zeit der Forderung ein. Die letzte Besprechung fand vor etwa 10 Tagen statt, die erste etwa acht Tage vorher. Die Lage sollte sich also, so meinte der Abgeordnete Habicht, etwa auf die Formel bringen, daß die Nationalsozialisten, wenn sie nur zwei Ministerposten verlangen, als hofällig betrachtet werden, wenn sie aber vier oder fünf verlangen, die braune Pest seien.

Eine Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers.
Wien. (Funkpruch.) Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat heute gegenüber einem Vertreter der „Völkischen Korrespondenz“ eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt: Bundesminister Dr. Rinteln legte vor einiger Zeit Wert darauf, daß ich einem Ersuchen des Reichstagsabgeordneten Habicht, mit mir eine unmittelbare Aussprache haben zu können, entspreche. Ich habe Herrn Reichstagsabgeordneten Habicht zweimal empfangen. Herr Reichstagsabgeordneter Habicht hat erklärt, daß er nur beizugehen sei, namens der Nationalsozialistischen Partei mit mir zu reden und was der Meinung, daß mit der Ausschaltung von Landtags- und Heimwehrtruppe die Christlich-Soziale und die Nationalsozialistische Partei eine Regierung unter meiner Führung bilden solle, im Herbst Neuwahlen vorzunehmen und durch einen Akt von vornherein schließen sollte, daß nach den Wahlen unter meiner Führung die Regierung von Christlich-Sozialen und Nationalsozialisten zu bilden wäre. Ueber irgendwelche zahlenmäßige Verteilung innerhalb der Regierung wurde nicht gesprochen. Mit der Feststellung, daß ich Herrn Reichstagsabgeordneten Habicht auf sein Ersuchen empfangen habe, daß ich das ganze einseitige Angebot des Herrn Reichstagsabgeordneten Habicht, sowohl vor wie nach den Wahlen unter meiner Führung eine Christlich-Sozial-nationalsozialistische Regierung zu bilden, abgelehnt habe, erledigen sich alle damit in Verbindung gebrachten falschen Tendenzen und Konsequenzen.

Bereitungen durch sozialdemokratische Vorkriegspräsidenten erwies. Dabei handelte es sich zum Beispiel um von Grafenkiß ausgeteilte Waffenscheine für Admunisten, die zum Zwecke großbritannischer Gewehre und Munition herbeizuführen. Dem Volke müsse klar gemacht werden, daß die kommunistische Gefahr noch immer bestehe, was erwiesen werden könne durch die Fortdauer noch illegal erscheinende „Rote Fahne“.

Japanisch-chinesischer Waffenstillstand abgeschlossen.

Tokio. Im Kriegsministerium ist die Meldung eingegangen, daß der japanisch-chinesische Waffenstillstandsvertrag am Dienstag nachmittags bei Tientsin zwischen der japanischen Kommission unter Generalmajor Yamada und der chinesischen Kommission unter Kriegsrat Sunanping abgeschlossen worden ist.

Die Bedingungen.

Shanghai. (Funkpruch.) Der am Dienstag unterzeichnete japanisch-chinesische Waffenstillstand sieht eine Entmilitarisierung einer Zone vor, die im Norden von der Großen Mauer, im Osten von der Eisenbahnlinie Peking-Mudan und im Westen von der Eisenbahnlinie Peking-Tientsin begrenzt wird. Ferner wird darin bestimmt, daß die Korps der chinesischen Freiwilligen in der entmilitarisierten Zone aufgelöst werden müssen und daß der Eisenbahnverkehr zwischen Peking und Shanghai wieder anzunehmen ist.

Zwei bis vier Wochen Konferenzpause in Genf.

Genf. (Funkpruch.) Zur Vorbereitung der heutigen Sitzung des erweiterten Präsidiums der Abrüstungskonferenz haben heute vormittags verschiedene private Besprechungen stattgefunden. Henderson empfing die amerikanischen Delegierten Norman Davis und Wilson. Es scheint beabsichtigt zu sein, zwischen der ersten und zweiten Sitzung des englischen Konventionenentwurfs eine kurze Konferenzpause einzulegen. Die Dauer dieser Unterbrechung soll 14 Tage bzw. vier Wochen betragen. Man hält es nunmehr für gewiss, daß hierüber das Präsidium heute nachmittags einen Beschluß fassen wird. Inzwischen haben bereits die privaten Besprechungen begonnen, die dazu dienen sollen, die in der ersten Sitzung aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten für die zweite Sitzung zu klären. Die französische Delegation hat sich heute vormittags vorzugsweise mit den französischen Änderungsanträgen zur Kontrollfrage beschäftigt. Sie hat etwa 10 Anträge ausgearbeitet, die noch im Laufe des heutigen Tages der Konferenz übergeben werden sollen.

Bergsturz im Kreise Bernburg.

Die Saale gesperrt.
Dessau. (Funkpruch.) Eine schwere Naturkatastrophe ereignete sich heute vormittags bei Laucha im Kreise Bernburg. Die Rastberge bei Elsterfurt sind in einer Breite von 500 Metern in die Saale gerutscht und haben das Bett des Flusses vollkommen gesperrt, so daß die Saale ihren Lauf durch die „Große Aue“ nehmen muß. Das Wasser liegt innerhalb 20 Minuten um einen halben Meter. Rings umher besteht kilometerweit größte Hochwasser Gefahr. Die Katastrophe ist vermutlich auf die ungeheuren Regenmengen zurückzuführen, die in den letzten 48 Stunden niedergingen.

Marga v. Ebdorf hat Selbstmord verübt.

London. Die Reuter aus Aleppo meldet, hat die Obduktion der Leiche Marga von Ebdorfs ergeben, daß tatsächlich Selbstmord vorliegt. Die Ursache für den Selbstmord konnte nicht ermittelt werden. Die Leiche der deutschen Fliegerin wird nach Berlin übergeführt werden.
Aleppo. Ueber den Tod von Marga von Ebdorf werden folgende Einzelheiten bekannt:
Nachdem die Fliegerin am Sonntag auf dem Flugplatz Mouslimich, ungefähr 16 Kilometer nördlich von Aleppo, eingetroffen war und ihre beschädigte Maschine verlassen hatte, wurde sie nach der Fliegermesse geleitet, wo in jeder Beziehung für sie gesorgt wurde. Später begab sie sich auf eigenen Wunsch nach dem Ruhezimmer, das für Flieger, die eine Notlandung gemacht haben, bereitgehalten wird. Pünktlich — um 18.30 Uhr — wurden mehrere Schiffe über. Alles eilte nach dem Ruhezimmer, wo Marga von Ebdorf auf dem Bett liegend tot aufgefunden wurde. Neben ihr lag die Schnellfeuerpistole, die sie auf ihren Flügen mit sich zu führen pflegte. Ihr Kopf war von zwei Kugeln durchbohrt. Die ärztliche Untersuchung läßt darauf schließen, daß die Fliegerin freiwillig in den Tod gegangen ist.

Neue Beweise marxistischer Wühlarbeit.

Bolschewistisches Zerlegungsquartier im Evangelischen Kirchenhaus. Trotki übermittelte von Stambul aus Anweisungen zum Bürgerkrieg.

Berlin. Mit dem Sitz in Berlin ist die Gesellschaft Rationaler Bildungsdiener ins Leben gerufen worden, die auf Grund der nationalen Erneuerung unter Benutzung der in Schulen, Gemeinden und Vereinen vorhandenen technischen Hilfsmittel und Vorführungsapparate eine einheitliche und systematische Herangehensweise auf dem Gebiet der Volksaufklärung erstrebt. Die Produktionsleitung übernimmt der nationalsozialistische Filmfachmann Wolf Fischötter-Moon. Das vorläufige Produktionsprogramm sieht folgende Bildungsdiener vor: Schlageter, Brandstadein über Deutschland, Stahlsheim, SA marschiert und zum Lutherstag am 10. November eine Serie über Martin Luther.

Gelegenlich einer Veranstaltung der neuen Gesellschaft brachte der Leiter der nationalen Abwehrstelle gegen kommunistische Umtriebe, Walter Korodi, sensationelles Material über kommunistische Umtriebe zur Kenntnis, das in dem Bildband „Brandstadein über Deutschland“ Verwendung finden soll. Bei der Durchsicht einer durch Zuzahl als Eigentum des bisherigen kommunistischen Abg. Gregor Wicz ermittelten Karte fand man Beweismaterial dafür, daß Leo Trocki nicht als „amerikaner aus seinem Vaterland verbannter kranker Mann“ in Stambul lebte, sondern daß er von Stambul aus als das Haupt der antilöschistischen

Einheitsfront aktiv tätig war und den deutschen Kommunisten fortgesetzt Anweisungen über Vorbereitung und Durchführung des Bürgerkrieges in Deutschland übermittelte hat. Besonders Aufsehen erregte die weitere Enthüllung Korodis, daß in der Moskauer Straße 17 in Berlin, einem Gebäudekomplex, der der evangelischen Kirche gehört und in dem sich auch eine Kirche befindet, jahrelang erst Karl Liebknecht und dann der spätere kommunistische Reichstagsabgeordnete Franz Pfemfert ein bolschewistisches Zerlegungs-Hauptquartier unterhielt. Durch Klarnanlagen fand dieses Quartier in unmittelbarer Verbindung mit einem zehn Häuser weiter gelegenen Keller, der als Lager und Ausgaberaum für die Zerlegungschriften diente. Pfemfert, der bereits vor einiger Zeit nach Marienthal geflüchtet ist, hat von diesem evangelischen Kirchenhaus aus, wie das vorgefundene Material ergibt, nicht nur während des Weltkrieges seit 1914 Versuche zur Zerlegung der deutschen Armee unternommen, sondern er hat auch von dort her nachweislich Verbindung mit kommunistischen Organisationen in anderen Ländern, vor allem den Vereinigten Staaten, unterhalten.

Weiter erklärte Korodi, er besitze auch Material, das die aktive Unterstützung bolschewistischer Bürgerkriegsvoor-